

# Riesner Tagesblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dresden, Sonntag, den 10. Januar 1927.

Das Riesner Tagesblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Landratsamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1330  
Groschke Riesa Nr. 82.

Nr. 8.

Dienstag, 11. Januar 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Stotterens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Lohn- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr mittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Bezugspreis für den Monat 25 Mark, 6 Mark halbjährlich, 10 Mark vierteljährlich. Die 25 Mark halbjährlich sind in drei Raten von 8 1/3 Mark zu zahlen. Der Abnehmer ist verpflichtet, den Bezugspreis zu zahlen, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rottura gerät. Jahrgangs- und Befüllungszeit: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage: 25 Mark. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhergesehener Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Besondereinrichtungen — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gortzstraße 59. Gesamtvertrieb für Sachsen: Heinrich Ullmann, Riesa; für Anhalt: Wilhelm Dittlich, Riesa.

## Sächsischer Landtag.

### Die Präsidentenwahl abermals ergebnislos.

Dresden. (Frankfurt.) Bei der Ministerpräsidentenwahl im Landtag wurden 84 Stimmen abgegeben, davon entfielen 45 auf den Sozialdemokraten, früheren Außenminister Fiechter, 31 auf den linken Ministerpräsidenten Fiedt, 14 auf den deutschnationalen Kandidaten Krug von Nidda, die Aufwertungs- und Volkspartei auf 4 weiße Stimmen, die Nationalsozialisten entfielen auf 4 Stimmen. Da ein Kandidat die absolute Mehrheit nicht erhalten hat, ist ein Ministerpräsident wieder nicht gewählt.

Der Landtagspräsident schlägt vor, die Wahl nochmals am 18. Januar auf die Tagesordnung zu setzen.

Das Haus vertagte sich bis heute nachmittags 4 Uhr, um den Fraktionen inwischen Gelegenheit zur Erklärung zu geben.

### Die interfraktionelle Besprechung.

Dresden. Der Delegationen-Sachseidienst erfährt über die gestrigen Besprechungen in der Regierungskammer: An der interfraktionellen Sitzung nahmen Vertreter der NSDAP, der Wirtschaftspartei, der Aufwertungs- und Volkspartei, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei teil. Es erfolgte eine Einigung über die Rabinettsbildung. Die Ergebnisse der Einigung werden heute der deutschnationalen Fraktion mitgeteilt werden. Über die einzelnen Punkte der Einigung war noch nichts zu erfahren.

10. Dresden, 10. Januar. Das Organ der Sozialisten „Der Volksstaat“ beschäftigt sich in seiner heutigen Nummer u. a. mit der Forderung der Demokraten zur Regierungsbildung und der Erklärung in der Berliner Morgenzeitung. Zu dieser habe sich die Fraktion der Deutschdemokratischen Partei eine Erklärung erlassen, in der es heißt: „Wir haben uns rückhaltlos auf den Boden der Koalition mit der NSDAP bis zu den deutschnationalen gestellt und haben auch nicht das geringste getan, die NSDAP, in dem Sinne zu beeinflussen, in dem schließlich ihre einmütige gefasste Erklärung abgegeben worden ist, daß es für sie unmöglich ist, in eine Koalition mit den deutschnationalen einzutreten.“ „Der Volksstaat“ bemerkt dazu: „Diese Erklärung der demokratischen Fraktion werde von einem Teil der demokratischen Presse als „überaus peinlich“ empfunden. Die Sozialisten wollten aber in diesem Zusammenhang die Frage, ob bisher alle Mitglieder der demokratischen Fraktion im Sinne der demokratischen Fraktionsklärung tatsächlich gehandelt hätten, nicht erörtern. Der NSDAP genüge es, nunmehr zu wissen, in welcher Richtung der Wille der demokratischen Fraktion laufe. Seither sei das doch nicht recht erkennbar gewesen.“

## Die französischen Senatsergebnisse.

Am vergangenen Sonntag fanden in Frankreich die Senatsergebnisse statt. Da es sich darum handelte, nicht weniger als 108 Mandate neu zu vergeben, so geht schon hieraus hervor, daß ein Ereignis von ziemlich weittragender politischer Bedeutung geschaffen werden mußte. Nimmt man das sehr vorliegende Wahlergebnis unter die kritische Lupe, so hat man festzustellen, daß die linken Parteien Frankreichs einen, wenn auch nicht allzu großen, aber immerhin sichtbaren Erfolg zu verzeichnen haben. Von den 108 zur Wahl gestellten Senatssitzen fielen 92 an die Linke, und nur 16 an die Rechte. Vergleicht man dieses Resultat mit den letzten Wahlen, so haben die rechten Parteien einen Gewinn von neun Sitzen, einen Verlust von 19, die linken Parteien einen Gewinn von 22 Sitzen und einen Verlust von 12 zu verzeichnen. Wenn auch auf Grund der Wahl am Sonntag die Linke Frankreichs einen Zuwachs von etwa 10 Kandidaten für sich buchen kann, so ist dieser Erfolg dennoch nicht ausreichend genug, um eine wesentliche Veränderung der politischen Zusammensetzung des französischen Senates zu garantieren. Man darf auch bei der Beurteilung des Wahlergebnisses nicht vergessen, daß in Anbetracht des indirekten Wahlsystems, das zur Durchführung kam, die wahre Volkswilligkeit nicht klar zum Ausdruck kommen konnte. Berechnet man ferner die Erwartungen, die die Linksparteien Frankreichs vor der Wahl hegten, und die mit alemischer Bestimmtheit mit einem Zuwachs von 20-30 Sitzen rechnen, mit dem tatsächlichen Endergebnis, so hat man zu erkennen, daß es die Hoffnungen der Linken nicht erfüllt. Selbstverständlich feiert die französische Linkspartei den Wahlsieg als einen großen Sieg ihres politischen Programms. Wenn der Erfolg der Linken auch nicht bestritten werden kann, so klingt es doch übertrieben, wenn der Quotidian behauptet, der „Sieg des Kartells bedeute eine unumkehrbare Niederlage der französischen Nationalisten und reaktionären Bestrebungen“. Diese Bewertung des Wahlergebnisses ist schon aus dem Grund falsch, als die Position Poincarés schon wegen seiner Erfolge, die er bei seinen Bemühungen, die Finanzkrise und das Weltwirtschaftliche zu beheben, zu verzeichnen hat, heute gelungener ist als je. Die nationale Presse Frankreichs läßt in ihren

## Dr. Curtius mit der Rabinettsbildung beauftragt.

10. Berlin, 10. Januar. (Kritisch.) Der Herr Reichspräsident empfing heute in den Abendstunden den Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius und erteilte ihm den Auftrag zur Neubildung der Reichsregierung. Dr. Curtius nahm dem Auftrag entgegen, schloß sich aber keine endgültige Entscheidung über die Übernahme der Rabinettsbildung nach vor, bis sich das Ergebnis der sofort einzuleitenden Verhandlungen mit den Fraktionen des Reichstages übersehen läßt.

### Eine Mitteilung des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius über die Rabinettsbildung.

10. Berlin, 10. Januar. Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius teilte dem Vertreter des Volkswortes über die Ausführung des vom Herrn Reichspräsidenten eingehendgenommene Auftrages zur Regierungsbildung folgendes mit: Der Plan der Großen Koalition, der vor dem Sturz des Rabinetts Marx die parlamentarische Lage beherrschte, ist durch die bekannten Ereignisse erschlagen worden. Stetigkeit der deutschen Politik hat aber nach wie vor die Bildung einer Weidrechtregierung voraus, Infolgedessen müssen wir nach rechts geschlagen werden. Graf Bekker hat vor der Abstimmung über das sozialdemokratische Mißtrauensvotum erklärt, daß es sich bei der Stellungnahme der Deutschnationalen Volkspartei nicht um die Regierungspolitik handle, sondern lediglich um die Lösung der parlamentarischen Weidrechtverhältnisse. Es gilt, auf den Grundlagen der bisherigen Politik der Mitte Gemeinschaftsarbeit mit der Deutschnationalen Volkspartei zu ermöglichen. Die Presseveröffentlichungen der letzten Zeit dürfen von diesem Plan nicht abstrahieren. Die Lösung der Krise erfordert Verhandlungen der verantwortlichen Instanzen der Parteien. Solche Verhandlungen von der Mitte nach rechts zu führen, bin ich von dem Herrn Reichspräsidenten beauftragt. Wenn sie gelingen, werden sie nicht zu einem „Rechtsübergang“ führen. Auch eine Regierung mit den Deutschnationalen wird das Gemeinwohl und die sozialen Notwendigkeiten schützen wie die bisherige Regierung der Mitte.

### Dr. Curtius.

10. Berlin. Der mit der Regierungsbildung beauftragte gegenwärtige Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius vertritt seit 1920 als Mitglied der Deutschen Volkspartei im Reichstag den 52. Wahlkreis (Baden). Curtius ist am 7. Febr. 1877 in Duisburg geboren und evangelischer Konfession. Er besuchte von 1895-1898 das Gymnasium in Duisburg, studierte 1898-1904 an den Universitäten Kiel, Straßburg und Bonn, war 1899-1904 Referendar in Duisburg, Kiel, Berlin und Hamm. Inzwischen trieb er neun Monate wissenschaftliche Studien in Paris. Von 1905-1910 war Curtius Rechtsanwalt in Duisburg, von 1911 bis Kriegsausbruch beauftragte er sich mit sozialwissenschaftlichen Arbeiten in Heidelberg. Während des ganzen Krieges war er Hauptmann und Batteriechef im Felde und sodann bis Herbst 1921 in Heidelberg schriftstellerisch und politisch tätig und wurde sodann Rechtsanwalt am Kammergericht in Berlin. Bei der Neubildung der Reichsregierung am 19. Januar 1927 trat er als Reichswirtschaftsminister in das Rabinett Marx ein.

### Die Sozialdemokraten zum Regierungseintritt bereit.

10. Berlin, 10. Januar. Der Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei teilte, wie das Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger erfährt, nach dem Bericht des Reichstagspräsidenten Doede und nach längerer Aussprache folgende Entscheidung: Der Parteivorstand billigt die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die bereit war, mit den auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehenden Parteien

kommentieren, die sie dem Wahlergebnis widmet, auch recht wenig von einer Niederlage zu erkennen. Eine besondere Empörung äußert sie jedoch über die Tatsache, daß es dem jetzt noch amtierenden Generalgouverneur von Marokko, Steca, gelungen ist, mit Hilfe der Sozialisten und Kommunisten gewählt zu werden. Sie verlangt energisch seine Abberufung, da es nicht tragbar wäre, daß der Erväthte der Kommunisten und Feind des Vaterlandes weiterhin offizieller Vertreter Frankreichs in Marokko bleiben könne. Als vielleicht bemerkenswertes Ereignis dieser Wahlen hat man die Niederlage Millerands, des ehemaligen Präsidenten der Republik zu bezeichnen. Das geradezu beispiellose Fiasko seiner Kandidatur im Seine-Departement wird dadurch noch besonders unterstrichen, daß Millerand 42 Jahre hindereinander seinen Wahlkreis in parlamentarischen Leben vertrat.

Der immerhin unwesentliche Erfolg der französischen Linken läßt es nicht glaubhaft erscheinen, daß das Ergebnis sich irgendwie auf die Welterhaltung der Außenpolitik Frankreichs auswirken wird. Allerdings läßt dieser Wahlausgang Poincaré einen recht deutlichen Hinweis, der ihn lehren müßte, daß es vielleicht besser wäre, den Degen nicht zu weit zu spannen. Diese Erkenntnis Poincarés dürfte vielleicht etwas lockern auf die Spannung zwischen ihm und Briand einwirken. Aber nur vielleicht. Man wird daher in Deutschland auf dem Ergebnis der letzten Senatswahlen in Frankreich einen nicht allzu großen Optimismus entgegenzubringen.

in die Reichsregierung einzutreten. Der Parteivorstand hält auch heute an dieser Bereitschaft fest. Er wird dabei zunächst geteilt von der Erwägung, daß die Politik von Genz und Thoiry fortgeführt werden muß mit dem nächsten Ziele der Befreiung der Rheinlande. Er betont des weiteren die Notwendigkeit, gerade im Interesse der Reichswehr selbst ihre Entpolitisierung, insbesondere durch vollständige Unterbindung aller Zusammenhänge mit den vaterländischen und Wehrverbänden durchzuführen, und sie unter Beachtung auf jede selbständige Politik auf ihre militärischen Aufgaben zu beschränken. Der Parteivorstand weist auf die dringende Notwendigkeit hin, die Sozialpolitik fortzuführen und insbesondere durch schnelle Verabschiedung des Arbeitsdienstgesetzes den Arbeitslosen zu sichern.

### Die deutschnationalen Parteien zur Regierungskrise.

10. Berlin, 11. Januar. Die Deutschnationalen Volkspartei nimmt zur Debatte die Beschlüsse der Reichstagsfraktion Curtius in folgender Erklärung Stellung: Der vom Herrn Reichspräsidenten erteilte und vom Herrn Minister Curtius angenommene Auftrag, durch Verhandlungen mit der deutschnationalen Volkspartei eine feste Regierungsgemeinschaft zu bilden, weist den einzigen Weg, auf dem die Lösung der Regierungskrise möglich ist. Beim Zentrum liegt also nunmehr die Entscheidung, ob es diesen Weg beschreiten oder eine Regierungskrise von unabsehbarer Dauer und eine Verwirrung aller Verhältnisse herbeiführen will.

### Beginn der Curtius-Verhandlungen.

10. Berlin. (Frankfurt.) Wie das Volkswort aus parlamentarischen Kreisen erfährt, hat Dr. Curtius seine Besprechungen über die Bildung der Regierung heute vormittag im Reichstag begonnen. Er wird im Laufe des Tages die Fraktionsführer nacheinander empfangen. Diese Besprechungen dürften den ganzen Tag in Anspruch nehmen, zumal die Unterredung mit dem Führer der Zentrumskommunikation, bei der im Augenblick der Schwerpunkt liegt, erst für heute nachmittags vereinbart ist. Der Fraktionsvorsitzende des Zentrums wird erst im Anschluß an diese Unterredung gegen abend zusammenkommen.

10. Berlin. (Frankfurt.) Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius empfing heute vormittag außer den Führern der Wirtschaftlichen Vereinigung und dem Deutschnationalen Parteiführer Graf Bekker auch den Demokraten Dr. Koch, um mit ihm die Möglichkeit einer Regierungsbildung zu besprechen.

### Die Mittagbesprechungen mit den Fraktionsführern.

10. Berlin. (Frankfurt.) Wie im Reichstag verlautet, empfing Dr. Curtius gegen 1/2 Uhr die Führer der Wirtschaftlichen Vereinigung Aba, Dr. Dremis und Professor Dreibl. Im Anschluß daran hat Herr Dr. Curtius den Grafen Bekker zu sich gebeten. Die Besprechung mit Herrn Dr. Gendard findet um 4 Uhr statt. Nach Informationen aus parlamentarischen Kreisen handelt es sich bei dieser ersten Abhandlung vorerst nur um die Feststellung der Anschauungen der Fraktionsführer nach der faktischen und programmatischen Seite hin. Verlorene Stimmen können in diesem Stadium der Unterhandlungen natürlich noch nicht erörtert werden.

### Empfänge beim Reichspräsidenten.

10. Berlin. (Frankfurt.) Der Herr Reichspräsident nahm heute die Vorträge des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius und des Reichsbankpräsidenten Dr. Schick entgegen, ferner empfing er den Reichshofmeister Dr. Zolk zur Abmeldung vor dessen Rückkehr auf seinen Posten in Tokio.

### Der Kampf um den Finanzausgleich.

10. Berlin. Die Regierung beabsichtigt nicht den Kampf der Parteien um die Finanzangelegenheit abzuwarten ohne vorher selbst zu dem Programm, besonders zum Finanzausgleich Stellung zu nehmen. Der Reichsfinanzminister hat mit den Vertretern der Länderregierungen mehrmals Verhandlungen genommen um ihnen auseinander zu setzen, daß infolge der Lasten für die Reparationszwecke vorläufig nicht daran gedacht werden könne, den Ländern die Finanzautonomie wiederzugeben. Man erkennt im Reichsfinanzministerium jedoch nicht die Notlage einzelner Länder, und wird sich deshalb bereitfinden, eine besondere Notzulage zu gewähren, um ihre Selbstständigkeit aufrecht zu erhalten. Wir hören aus parlamentarischen Kreisen, daß die Vertreter der Bayerischen Volkspartei dem Reichsfinanzminister in seiner Finanzausgleichspolitik lebhaft widersprechen werden und dementsprechende Anträge auf Abänderung der Finanzgesetzgebung hinsichtlich der Länder stellen werden.

### Wiederaufleben des Marokkorkrieges?

10. Paris. Nach Informationen aus Langer ist die Lage im spanischen Marokkogebiet wieder ziemlich unruhig. Infolge der Zwischenfälle sind sich Spanien gewungen, eine neue Intervention vorzubereiten. In Algier kam man einem erfolgreichen Waffenstillstand auf die Spur, doch wurden Neußerungen hierüber bisher geheim gehalten.